

## Zur geplanten Vorratsdatenspeicherung

Um gegen Missbrauchsdarstellungen an Kindern vorzugehen, wollen der Bundesinnenminister Seehofer und die Innenminister der Länder nun die Vorratsdatenspeicherung einführen. Die Daten von Millionen Bürgern würden dann anlasslos gespeichert werden. Mit der übelsten Art von Verbrechen will die Regierung nun erneut versuchen, die Vorratsdatenspeicherung zu etablieren, weil es bei der Begründung mit Terrorismus und Raubkopierern nicht klappte. Sie versuchen, unsere Grundrechte immer weiter auszuhöhlen. Es ist aber nicht akzeptabel, daß man Millionen Daten unbeteiligter und unschuldiger Bürger speichert. Und genau diese Politiker, die immer wieder die Vorratsdatenspeicherung fordern, löschen dann schnell ihr Handy, wenn sich Korruptionsvorwürfe gegen sie selber richten.

Opfer von Mißbrauch brauchen Ansprechpartner und Stellen, denen sie vertrauen können. Aber Vertrauen ist etwas, was in dieser Gesellschaft immer weiter zerstört wird. Der Kindesmissbrauch im Fall Lüdge zeigt gerade, wo die Ermittlungsbehörden versagen, wo eindeutiges Beweismaterial bereits behördlich sichergestellt war und trotzdem trotzdem verschwinden konnte. Wo jahrelang immer wieder Anzeigen durch Betroffene erfolgten, die dann aber von Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Jugendämtern einfach nicht korrekt weiter bearbeitet wurden. Die wesentliche Erkenntnis, daß Kinder vorwiegend in den eigenen vier Wänden missbraucht werden, wird verdrängt. Stattdessen greifen die Innenminister zum Populismus und stoßen erneut vor, um die Unschuldsvermutung zu kippen. Ermittlungen haben sich in einem Rechtsstaat gegen Verdächtige zu richten.

Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden kommen oft aus dem Ausland. Das liegt aber daran, daß dort die Netzanbieter verpflichtet sind, die bei ihnen gespeicherten Seiten nach solchen Fotos und Videos (in den USA seit 2008) zu scannen und Erkenntnisse den staatlichen Behörden melden müssen.

Der Europäische Gerichtshof hatte 2016 eine allgemeine und unterschiedslose Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten verboten, weil dies mit EU-Recht nicht vereinbar ist. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU), erklärte als Sprecher der unionsgeführten Innenressorts, daß die Vorratsdatenspeicherung **zunächst** auf den Bereich sogenannter Kinderpornografie beschränkt werden könne. Was heißt den hier "zunächst" ? Da hört man doch schon deutlich zwischen den Zeilen, was das eigentliche Anliegen dieser Politiker ist.

Quellen:

<https://www.tagesschau.de/inland/vorratsdatenspeicherung-kindesmissbrauch-101.html> 19.6.20

<https://www.tagesschau.de/ausland/eu-datenschutz-missbrauch-internet-101.html> 12.6.20